

Aus dem Inhalt: Leo Trotzki

Die Stalinbürokratie in der Zange, die Linksoption im Aufstieg

Die Arbeiter haben nichts zu verlieren als ihre Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!

Der neue

V. b. b. Preis 15 Groschen

Mahnruf

Organ der Kommunistischen Linksoption

Zu beziehen durch
Hans Thoma, Wien, II., Novaragasse 24
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN — GRAZ
Nr. 14 Juli 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlung
gen und Auszahlungsstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S —90

Leo Trotzki: Ueber den Antikriegskongre

13. Juni 1932.

(Brief an einen Genossen. D. Red.)

Vor mir liegt die Nummer der Pariser Zeitschrift „Monde“ vom 4. Juni. „Monde“ wird von Barbusse herausgegeben und ist augenblicklich eine Art Zentralorgan zur Einberufung des „Großen Kongresses gegen den Krieg“. Auf der dritten Seite ist ein Auszug aus dem von Romain Rolland und Henri Barbusse verfaßten Aufruf abgedruckt. Der Geist und Charakter dieses Dokuments sind aus folgenden Worten genügend ersichtlich: „Wir rufen alle Menschen, alle Massen, unabhängig von ihren politischen Bindungen, alle Arbeiterorganisation, kulturelle, politische und gewerkschaftliche, alle Kräfte und Organisationen der Massencharakter! Schließt euch uns an im internationalen Kongreß des Krieges gegen den Krieg.“ — Weiter folgt ein Auszug aus einem Briefe von Rolland an Barbusse: „Ich bin völlig der Meinung, daß der Kongreß allen Parteien und Parteilosen geöffnet werden muß, auf der gemeinsamen Basis des offenkundigen und entschlossenen Kampfes gegen den Krieg.“ Weiter schließt sich Rolland den Worten von Barbusse an, „daß den ersten Platz in diesem Kampfe die Arbeiterklasse einnehmen muß.“ Weiter unten finden wir das erste Verzeichnis derer, die sich dem Kongreß bereits angeschlossen haben — alles radikale und halbradikale, französische und deutsche Schriftsteller, Pazifisten, Mitglieder der Liga für Menschenrechte u. a. m. — Weiter finden wir ein Wort des nicht unbekanntem Emil Vandervelde: „berall erzeugt der Krieg ... die gleichen Ausbrüche der revolutionären Unzufriedenheit, aber auch die tolle Reaktion des fanatischen Nationalismus. Um so notwendiger ist es, daß die Internationalen ihre Kräfte mehr denn je darauf konzentrieren, den Krieg zu vermeiden.“ — Endlich lesen wir ein Zitat aus dem Zentralorgan der KPP „Humanité“ vom 31. Mai 1932: „Auf den Aufruf von Romain Rolland und Henri Barbusse zur Beteiligung am internationalen Kongreß in Genvantwortet: „Hier bin ich!“ — In der letzten Nummer von „La vie ouvrière“, dem Zentralorgan der CGTU, ist ein Artikel abgedruckt, der sich mit der Initiative von Rolland und Barbusse völlig solidarisiert.

Wir haben also ein völlig eindeutiges Bild. Die Kommunistische Partei Frankreichs und die von ihr geführte Gewerkschaftsorganisation stehen hinter den Initiatoren des Kongresses. Hinter dem französischen Kommunismus aber steht die Führung der Komintern. Es handelt sich um die Gefahr eines neuen Weltkrieges. Im Kampfe gegen diese Gefahr muß man verstehen, sich die Hilfe von Bundesgenossen nützlich zu machen, zu denen bis zu einem gewissen Grade die ehrlichsten und entschlossensten unter den kleinbürgerlichen Pazifisten gehören.

Doch ist es jedenfalls eine Frage des dritten, wenn nicht des letzten Ranges. Die Initiative hätten, so scheint es, die Komintern und die ROI vor dem Weltproletariat übernehmen müssen. Die entscheidende Aufgabe bestnde darin, die in der zweiten und der Amsterdamer Internationale organisierten Arbeitermassen mit mehr oder weniger Erfolg auf unsere Seite zu ziehen. Dazu muß man sich der Politik der Einheitsfront bedienen.

Das letzte Plenum des Exekutivkomitees der Zweiten Internationale hat sich gegen Japan und für die „Verteidigung der Sowjetunion“ ausgesprochen. Wir kennen den Wert dieser Verteidigung, so lange es um den Beschluß der Führer geht. Aber schon die Tatsache dieses Beschlusses offenbart die Kraft des Massendruckes (Krise, Kriegsgefahr). Die Komintern war unter diesen Bedingungen verpflichtet, die Einheitsfrontpolitik im Weltmaßstab zu entfallen, d. h., offen vor der Arbeiterklasse der ganzen Welt ein konkretes, streng abgegrenztes Programm von Handlungen gegen die Kriegsgefahr der Zweiten und der Amsterdamer Internationale vorzuschlagen.

Doch die Komintern schweigt. Die ROI schweigt. Die Initiative ist zwei pazifistischen Schriftstellern überlassen,

von denen der eine — Romain Rolland — zweifellos ein großer Schriftsteller und eine bedeutende Persönlichkeit, aber ein der Politik völlig fernstehender Mensch ist, der andere — Barbusse — ein Mystiker und Pazifist, halb Kommunist und halb aus der KP ausgeschlossen, aber auf alle Fälle ein Propagandist der völligen Vereinigung der kommunistischen Parteien mit der Sozialdemokratie. „Schließt euch uns an“, rufen Rolland und Barbusse. „Antwort: Hier“, unterstützt sie die „Humanité“.

Kann man sich etwas Ungeheuerlicheres, Kapitalistenhafteres, Verbrecherischeres vorstellen als diese Kriecherei des offiziellen Kommunismus vor dem kleinbürgerlichen Pazifismus?

In Deutschland erklärt man es für unmöglich, eine Politik der Einheitsfront in bezug auf die proletarischen Massenorganisationen, zwecks Entlarvung der reformistischen Führer, zu führen. Zu gleicher Zeit führt man im internationalen Maßstab eine Einheitsfrontpolitik, deren erste Schritte sich in eine Reklame verwandeln für die schlimmsten aus der Reihe der reformistischen Verräter. Selbstverständlich ist Vandervelde „für den Frieden“. Er meint, daß es in Friedenszeiten bequemer und angenehmer ist, Minister seines Königs zu sein, als in Kriegszeiten. Und die schamlosen Worte dieses Sozialpatrioten, dessen Unterschrift, wenn ich nicht irre, unter dem Versller Frieden steht, verwandeln sich in das Programm des „Großen Kongresses gegen den Krieg“. Und die „Humanité“ besiegelt diese treubruchige und unglückliche Maskerade!

In Deutschland geht es um die Verhinderung des faschistischen, konterrevolutionären Pogroms, der nicht nur die Arbeiterklasse, sondern auch ihre reformistischen Organisationen und sogar die reformistischen Führer bedroht. Es geht für den Herrn Sozialdemokraten nicht nur um den Staatssäckel, sondern auch um die eigene Haut. Man muß schon in den Zustand des völligen bureaukratischen Idiotismus verfallen, um darauf zu verzichten, den tiefen und scharfen Gegensatz zwischen Faschismus und Sozialdemokratie planmäßig und systematisch auszunutzen.

In der Frage des Krieges ist die Lage ganz anders. Der Krieg bedroht durchaus nicht unmittelbar die reformistischen Organisationen, insbesondere nicht ihre Führung. Im Gegenteil, die Erfahrung hat gezeigt, daß der Krieg eine schwindelerregende Karriere für die reformistischen Führer eröffnet. Der Patriotismus ist eben die Ideologie, die die Sozialdemokratie am engsten mit ihrer nationalen Bourgeoisie verbindet. Wenn es sehr wahrscheinlich, ja sogar unvermeidlich ist, daß die Sozialdemokratie in Deutschland sich in dieser oder jener Form gegen den Faschismus verteidigen wird, sobald er sie an der Orgel packt (und er wird sie packen), so ist die Möglichkeit völlig ausgeschlossen, daß die Sozialdemokratie irgendeines Landes einen Kampf gegen ihre Bourgeoisie aufnehmen würde, in dem Falle, daß letztere einen Krieg beginnt, und sei es gegen die Sowjetunion. Gerade die revolutionäre Aktion gegen den Krieg muß im allgemeinen wie im besonderen die ganze Faulheit und Verlogenheit des sozialdemokratischen Pazifismus offenbaren.

Und was tut die Komintern? Während sie die Annutzung des tiefen und realen Antagonismus zwischen der nationalen Sozialdemokratie und dem nationalen Faschismus verbietet, hängt sie sich an den illusorischen und trügerischen Antagonismus zwischen der internationalen Sozialdemokratie und ihren imperialistischen Herren!

Während in Deutschland die Einheitsfront im allgemeinen verboten wird, so wird ihr im internationalen Maßstab ein dekorativer und von vornherein fauler und verlogener Charakter erteilt.

Die idealistische Naivität des allerschlimmsten Romain Rolland auszunutzen, werden alle Lügner, alle angefaulten Karrieristen, alle sozialistischen Minister a. D. und alle Ministerkandidaten ausrufen: „Hier bin ich“. Für sie ist ein

solcher Kongreß — ein Kurort, in dem sie ihre leicht angegriffene Reputation aufbessern, um sich gleich danach noch vorteilhafter zu verkaufen. So behaupten auch die Teilnehmer der Kongresse der „Liga gegen den Imperialismus“. Vor uns ist eine Wiederholung der Kuomintang und des anglo-russischen Komitees im Weltmaßstab.

Es gibt Pedanten, die in Zweifel geraten, ob wir recht haben, wenn wir die internationale Stalinische Fraktion als Zentrismus bezeichnen. Menschen, die durch schlecht verdaute Texte vergiftet sind, verstehen nicht, aus den lebendigen Tatsachen zu lernen. Hier seht ihr ihn, den idealen, klassischen, unversessenen Zentrismus: die Nase scharf nach rechts, den Schwanz noch schärfer nach links. Zieht die Verbindungslinie zwischen Nase und Schwanz und ihr habt die Bahn des Zentrismus.

Die Geschichte ist am Scheideweg. Die ganze Welt ist jetzt am Scheideweg. Und auch der Zentrismus ist am Scheideweg. In der USSR fahren die Stalinisten fort, von der Beschtigung der Klassen in fünf Jahren zu schwatzen, während sie gleichzeitig den Markt wiederherstellen. Der ultralinke Schwanz weit noch nicht, was der weise, opportunistische Kopf beschossen hat. In Fragen der Kulturpolitik der USSR eine schroffe Wendung nach rechts ... Natürlich eine stumme, kommentarlose Wendung, doch eine um so gefährlichere. Das gleiche in der Politik der KI. Während die unglückseligen Pjatnizkis die letzten ultralinken Reste wiederkäuen, ist den Manuilskis schon längst befohlen, ohne Rücksicht auf die Halswirbel, den Kopf nach rechts zu drehen. Noch niemals in den neun Jahren der Epigonpolitik ist ihre Prinzipienlosigkeit, ideologische Hohlheit und praktische Verlogenheit in einer so nackten und schamlosen Form aufgetreten.

Bolschewiki-Leninisten! In der Weltatmosphre häufen sich die Symptome großer historischer Umwälzungen. Sie werden auch an dem Schicksal unserer Fraktion nicht spurlos vorbeigehen. Schon heute liegen auf uns gewaltige historische Aufgaben. Der Kampf gegen den Krieg bedeutet in erster Linie den Kampf gegen die pazifistische Maskerade, gegen die zentristisch-bureaukratische Scharlatanerie. Man muß einen unerbittlichen Kampf zur Entlarvung der Widersprüche des Stlinschen Apparates eröffnen, dessen Bankrott angesichts der heranrückenden großen Ereignisse unvermeidlich wird.

Die Verteidigung der USSR ist keine Salosphrase, mit der die nicht immer ungenutzten Freunde der Stalin-Bürokratie paradiesen. Die internationale Verteidigung der USSR stützt sich immer mehr auf den internationalen revolutionären Kampf des Proletariats. Wo Blut und Schicksal von Millionen auf dem Spiele stehen, ist die größte Klarheit vorzuziehen. Niemand erweckt heute den Klassenfeind eines solchen Dienst, wie die Stalinische Bürokratie, die, um die Reste ihres Prestiges kämpfend, überall nur Chaos und Verwirrung st.

Bolschewiki-Leninisten! Von euch wird viel verlangt werden. Es treten jetzt Wochen und Monate ein, in denen jeder Revolutionär zeigen muß, was er wert ist. Tragt die Ideen des Marxismus und Leninismus in die Reihen der fortschrittlichsten Arbeiter. Helft der internationalen proletarischen Avantgarde sich den Klauen zu entziehen, in denen sie die kopfls gewordene Stalinische Bürokratie festhält.

Es geht nicht um Kleinigkeiten: es geht um das Schicksal der USSR! Es geht um die proletarische Weltrevolution!

Kampf gegen das Finanzprogramm der Regierung

Die Regierung hat im Nationalrat ihr Programm zur Sanierung der Finanzen eingebracht.

384 Millionen Defizit.

Das Defizit des Bundes beträgt 185 Millionen Schilling. Davon entfallen 82,4 Millionen Schilling auf Verminderung der Steuerertrgnisse durch die Krise, 806 Millionen Mehrausgaben für die Arbeitslosenversicherung und 22 Millionen Schilling Defizit bei der Post- und Telegraphenverwaltung. Ferner ist der Bund zur Zahlung des Defizits bei den Bundesbahnen verpflichtet, das sich im Jahre 1931 auf 83 Millionen Schilling belief und für das Jahr 1932 auf 96 Millionen Schilling geschtzt wird. Davon will der Bund im Zusammenhang mit dem eingebrachten Nachtragsbudget 40 Mil-

tionen Schilling vom Jahre 1931 übernehmen, während die restlichen 43 Millionen Schilling vom Jahre 1931 und die 95 Millionen Schilling des laufenden Jahres im Budget für das Jahr 1933 eine Deckung finden sollen. Ferner hat der Bund noch 20 Millionen Schulden, die die Herren Minister in ihren Ressorts im Jahre 1931 gemacht haben, zu decken. Insgesamt 245 Millionen Schilling Defizit sollen jetzt aus den Werktätigen herausgepreßt werden, während die restlichen 139 Millionen Schilling (Defizit der Bundesbahnen) auf das Jahr 1933 vorgetragen werden. Dabei sind aber nicht mitgerechnet 54 Millionen Schilling, die die Bundesbahnen für Investitionen ausgegeben haben und die aus den Mitteln der Auslandsanleihe gedeckt werden sollen, die die Regierung erwartet.

Wer zahlt es?

Ein Teil des Defizits soll durch Ersparungen im Bundeshaushalt gedeckt werden. Die ersten sind die Beamten und Arbeiter, die es später sollen. Alles in allem sollen 11,4 Millionen an Personalausgaben und 69,6 Mill. Schilling an Sachausgaben gestrichen werden. Also Reduzierung der Bezüge der Beamten und Einstellung der letzten notwendigen Reparaturen und staatlichen Anstalten und Betriebe. Neue Arbeitslosigkeit. Sperrung von Spitätern und Kliniken, Krankenhäusern, Streichung der Ausgaben für Gesundheitsfürsorge sind zu erwarten, wenn dieser Plan Wirklichkeit wird.

So soll das Ministerium für soziale Verwaltung 8,5 Mill. Schilling ersparen, das Landwirtschafts- und Handelsministerium je 8,6 Mill. Schilling, die Post 14,5 Millionen, dagegen das Heeresministerium des Herrn Vaugoin nur 4,1 Millionen! Die Polizei und das Militär bleiben uns unversehrt erhalten.

100 Millionen Schilling werden dadurch erspart, daß der Bund seine kurzfristigen Zahlungen, die in diesem Jahre fällig waren, aus den Mitteln der der Regierung versprochenen Anleihe bezahlt.

73,5 Millionen Schilling Steuern und Zölle.

Da ist als erste die schamloseste Steuer, die Warenumsatzsteuer, die verdoppelt werden und noch für das

heilige Jahr 54 Mill. Schilling aus den werktätigen Massen herausquetschen soll, während die besondere Warenumsatzsteuer für Luxuswaren von jeder Erhöhung verschont bleibt. Die Kartoffeln, Mehl, Gemüse und Fett der Arbeitslosen werden besteuert, während die Brillanten der „noblen“ Damen frei ausgehen. Dazu kommt eine Erhöhung der Zölle für Kolonialwaren, die noch in diesem Jahre 12,5, und die Erhöhung der Postgebühren, die 7 Mill. Schilling einbringen. Eine neue

Teuerungswelle

ist im Anzug, Oesterreich hat die höchsten Fleischpreise Europas. Allein an der Einfuhr von Fleisch aus Ungarn, Rumänien und Jugoslawien verdienen die Lieferanten 496.000 Schilling pro Woche. So liegt es bei der Braunkohle, wo ein Extragewinn von S 3,40 pro Meterzentner in die Taschen der Großhändler fließt. Und diese Wucherer-gewinne werden erzielt mit Hilfe der staatlichen Devisen- und Zollpolitik.

Zwangsarbeit und Aussteuerungen.

Das Defizit des Bundes für den Aufwand der Arbeitslosenfürsorge beträgt heuer über 70 Millionen Schilling. Obgleich die Regierung die schamlose Verdoppelung der Warenumsatzsteuer, die jedem Arbeitslosen das Brot aus dem Munde raubt, damit zu maskieren sucht, daß sie das Erträgnis dem Arbeitslosenfonds zuzuweisen verspricht, ist lange noch nicht das Problem der Aussteuerungen gelöst, geschweige denn die Frage der Zurückführung der bereits Aussteuerungen in die Unterstützung auch nur im entferntesten aufgelöst. Im Gegenteil! Die Regierung plant, den Gemeinden einen Betrag von 5 Millionen Schilling zur Unterstützung der 200.000 Aussteuerungen zuzuweisen, und 3 Millionen Schilling für den „freiwilligen Arbeitsdienst“ gnädigst zur Verfügung zu stellen, damit eine Lohndrückermasse unter Führung der Nazi geschaffen werden soll. Aber in diese Armee von Zwangsarbeitern sollen nur solche Arbeitslose gepreßt werden, die noch im Bezug der Unterstützung sind. Damit will sich der Staat noch die Unterstützung ersparen und billige Arbeitsstiere erhalten. Die von der Gemeinde Wien in Szene gesetzte Aktion „Jugend am Werk“

ist nur das Gegenstück zu den Plänen der Regierung und ist nur geeignet, Jugendlichen Sand in die Augen zu streuen, um sie über ihre wahren Aufgaben der Gegenwart hinweg-zutäuschen. Aber das Problem, was soll mit den 200.000 Aussteuerungen geschehen, was soll mit den 500.000 Arbeitslosen überhaupt sein; das Problem Arbeit und Brot ist nach wie vor ungelöst, und pocht immer gewaltiger an den Türen unserer Zeit.

Der revolutionäre Ausweg muß erkämpft werden.

So zweckmäßig einzelne Forderungen der Sozialdemokratie sein mögen, sie alle sind darauf zugeschnitten, dem todkranken Kapitalismus neues Leben einzuflößen, die Leiden des Proletariats zu verlängern, was dem Faschismus nur neues Wasser auf seine Mühle treibt, aber der Arbeiterklasse keinen Ausweg aus der drohenden Umklammerung durch die faschistische Hydra zeigt. Die Stellung der Sozialdemokratie und der Regierung liegt grundsätzlich auf derselben Linie: Notopfer der Allgemeinheit.

Das heißt, dem Betriebsarbeiter, der durch Kurzarbeit kaum mehr verdient, als die Arbeitslosenunterstützung, dieselben Opfer aufzuerlegen, als den Krisengewinnern und Besitzenden. Die „Demokratie“ lebt nur mehr, um den Arbeitslosen das Brot eben so hoch zu besteuern, wie Herr van Hengel mit seinen 2000 Schilling in Gold pro Tag.

Es nützt nichts, nur die Besteuerung der Reichen zu fordern, um bescheidene Arbeitsbeschaffungsprogramme aufzustellen, und in parlamentarischen Wortgefechten den wilden Mann zu spielen. Was not tut, das ist der

außerparlamentarische Massenkampf

für Arbeit und Brot, Schluß mit den Aussteuerungen, für engste wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, für Arbeitsbeschaffung mit den Mitteln der totliegenden Schlitz in den Klöstern und Kirchen aller Konfessionen.

Die proletarische Kampfeinheit muß erstehen aus den Betrieben, Stempelstellen, Gewerkschaften und allen proletarischen Organisationen. Nur an der Kampfeinheit der Arbeiterklasse wird der Faschismus zerschellen und der Weg frei zum Sozialismus.

Leo Trotzki

Die Stalinbürokratie in der Zange, die Linksopposition im Aufstieg

Die Entwicklung der Komintern und folglich auch der Linken Opposition nähert sich einem ungemein bedeutsamen Wendepunkt. Die großen Ereignisse beweisen wieder, wie bitter sich die verlorene Politik rächt, die der proletarischen Avantgarde mit den Mitteln des Zwanges aufgehalst wird. Es gibt jetzt schon nicht eine Frage — buchstäblich nicht eine —, in der sich nicht die Falschheit der „Generallinie“ mit tödlicher Gewißheit gezeigt hätte.

Die Kriegsgefahr im Osten ist ein direktes und unmittelbares Resultat der verderblichen Politik Stalins in bezug auf die chinesische Revolution. Der japanische Militarismus droht der SU darum, weil Stalin seinem Bundesgenossen Tschang-Kai-Schek geholfen hat, die Revolution zu erwürgen. Danach lehrten die Stalinisten, man könne Sowjetchina aufbauen auf der Grundlage des bäuerlichen Partisanenkrieges, ohne unmittelbaren revolutionären Aufstand in den Städten. Die Jahre des Abenteuerertums haben das chinesische Proletariat noch mehr abgeschwächt. Die Verantwortung für die jetzige Schwäche des revolutionären China liegt auf den Politikern der „dritten Periode“.

Im Verlaufe der letzten 2 bis 3 Jahre, wurde die Linke Opposition nicht müde, zu warnen: dies Wettrennen der Industrialisierung in der SU, droht einen Bruch mit dem Dorfe herbeizuführen; die technisch und kulturell unvorbereitete „totale Kollektivierung“ droht eine Ernährungs-krise zu bringen. Diese Warnung ist nunmehr zur Tatsache geworden. Auch auf dieser Linie ist die Stalinbürokratie in die größten Schwierigkeiten gekommen. Unter dem Druck der drängenden Not ist sie jetzt dabei, eine wirtschaftliche Wendung von ausschließlicher historischer Bedeutung zu machen. Zum Teil selbst im Unklaren über ihr eigenes Tun, zum Teil die Partei direkt betrogend, um ihr Prestige zu wahren, desorientiert und entwarfnet sie jedoch die Arbeiterklasse der SU.

Welche Bedingungen fehlen noch, um die revolutionäre Hegemonie des deutschen Proletariats innerhalb der Nation und der Kompartei innerhalb des Proletariats sicherzustellen? Auch hier hat es die stalinische Bürokratie verstanden, die KPD in eine böserartige Passivität und entwürdigende Machtlosigkeit hineinzumanteln. Seit 1914 hat die deutsche Sozialdemokratie ununterbrochen zugunsten des Faschismus gewirkt. Die deutsche KP arbeitete seit 1923 ununterbrochen zugunsten der Sozialdemokratie. Die Lehren des tragischen Experimentes und unsere Warnungen mißachtend, jagt jetzt die Stalinbürokratie das deutsche Proletariat geradewegs in den Abgrund.

Die Wirtschaftskrise, von noch nie dagewesenem Umfang, hat zu einem direkten Zerfall der kapitalistischen Gesellschaft geführt. Die bourgeois Klassen heulen vor Todesangst. Und trotzdem erliedert der offizielle Kommunismus in allen Ländern eine Niederlage nach der anderen. Warum? Darauf wird geantwortet: „die Generallinie ist richtig, die Durchführung falsch“. Als würden die durchführenden Organe vom Himmel fallen! Als bestünde nicht gerade darin das Wesen der Generallinie, daß sie Funktionäre nach ihrem Bilde formt! Als trügen die Führer keine Verantwortung für die Geführten! Die gedankenlose und verlogene Theorie von der Unfehlbarkeit der Führung zersetzt die kommunistischen Parteien, tötet bei den einen die Willenskraft, ruft bei den anderen Abscheu hervor.

Die Vergeltung für die Fehler und Sünden der Epigonen ist dicht herangerückt. Von der Geschichte verurteilt,

klammert sich die zentristische Bourgeoisie mit verdoppelter Kraft an die bewährten Methoden. Vom Klassenfeind und von den Folgen der eigenen Verbrechen eingeklemmt, verdoppelt, verzehnfacht sie die Schläge gegen die Linke Opposition.

Man sollte meinen, es sei schon alles erprobt: Verleumdungen, Verhaftungen, Verbannung, Erschießen. Doch nein! In Stalins Küche werden neue Gerichte bereitet aus den Resten von Haß und Treubruch. Noch vor ganz kurzem erst reproduzierte die „Prawda“ die Photographie eines Artikels der polnischen Faschisten, die Fälschung ausgegeben für heilige Wahrheit. Noch sind es wenige Tage her, da druckten die „Iswestija“ mit Begeisterung die Phantasien eines deutschen faschistischen Boulevardblättchens über die Verschwörung der Linken Opposition mit der Sozialdemokratie. Dabei blieb man nicht stehen. Ein gewisser Büchner schreibt gemäß den Instruktionen der Stalinschen Kanzlei ein deutsches Büchlein, in dem er sich bemüht, die Linke Opposition mit der Polizei in Verbindung zu bringen. Alles, was 1917 die Menschewiki, Sozialrevolutionäre und Kadetten gegen die Bolschewiki gesagt und geschrieben haben, ist hier sowohl in bezug auf Dummheit wie auf Niederträchtigkeiten überboten.

Die innere Verwerflichkeit des Bolschewismus nachweisend, klammerten sich die Menschewiki immerhin an Tatsachen: sie beriefen sich auf Malinowski, Mitglied des ZK, den die Polizei bis in die Staatsduma gebracht hatte. Sie beriefen sich darauf, daß das Polizeidepartement seinen Geheimagenten die Vorschrift gab, den Kurs auf Spaltung von Bolschewiki und Menschewiki zu unterstützen. Endlich beriefen sie sich darauf, daß Ludendorff Lenin unter seine Obhut genommen habe, indem er ihn im plombierten Wagen durchfahren ließ. Mit Verachtung antworteten die Bolschewiki jenen Halunken, die versuchten, aus den Ermittlungen der Polizei gegen die revolutionärste Partei polemische Argumente gegen diese Partei zu machen. Zurzeit wiederholt Stalin völlig die Kampfweise der Miljukow, Kerenski, Zeretelli und Dan. Der Unterschied besteht nur darin, daß Stalin über nichts verfügt, was Tatsachen auch nur ähnlich sähe. Er fabriziert sie. Das schmutzige Subjekt, das unter dem Namen Büchner schreibt, erzählt, die Autobiographie Trotzki werde in Warschau von der politischen Polizei herausgegeben. Und diese Phantasie wird in allen Sprachen herausgegeben: damit will man die kommunistische Jugend erziehen.

Irgend ein ungarischer Faschist „widmet“ sein Buch Trotzki und drückt ihm ironisch seine „Dankbarkeit“ aus, den Haß durch Geistreicheleien zu verdecken suchend. Was für Folgerungen können aus dieser Episode gezogen werden? Haben denn nicht die Revolutionäre — nur mit größerem Erfolg — dieselbe Methode gegenüber ihren Klassenfeinden angewandt? Hat nicht Lenin seine Dankbarkeit für die englische Zeitung „Times“ drucken lassen, für diese und jene Artikel, die er zu seinen Gunsten auswertete? Doch es findet sich ein Schurke, der in den Spalten der „Prawda“ anläßlich dieser Dinge von einem Bündnis Trotzki mit den Faschisten spricht.

In einem Artikel halte ich gesagt, daß der japanische Imperialismus wohl kaum sich entschließen wird, der SU eine offene Herausforderung hinzuwerfen, ehe er sich in der Mandchurie befestigt haben wird. Aus diesem Anlaß schreibt das Zentralorgan der amerikanischen kommunistischen (!!!) Partei. Trotzki handelte im Interesse der Japaner.

Das mit Dummheit zu erklären, wäre allzu oberflächlich: Dummheit hat doch immerhin ihre Grenzen. Es handelt sich hier um einen entarteten Beamten, der vor nichts zurückschrecken wird, um sein Gehalt sicherzustellen. Der Sinn meines Artikels war der, daß der Kampf mit der Roten Armee eine zu harte Nuß für den japanischen Imperialismus darstellt. Der Generalstab in Tokio hat Veranlassung, anzunehmen, daß ich besser imstande bin, die Kräfte der Roten Armee einzuschätzen, als die New Yorker Klaffer, denen befohlen ist, mich in die Waden zu beißen. Gewiß, die großen weltpolitischen Fragen werden nicht durch einzelne Artikel entschieden. Aber wenn man den Einfluß von Artikeln abwägen will, so konnte meine Einschätzung der Roten Armee und der Perspektiven eines russisch-japanischen Krieges in Japan nur jenen Elementen nutzen, die einen Krieg verhindern wollen. Aber kann man denn auf Gebell und Geheul mit Argumenten antworten?

Diese Herrschaften stellen Rakowski als einen Feind der SU dar, wobei sie bei Barbusse Schutz suchen, der sich seinerseits auf Vandervelde stützen möchte. Mit dem Hut in der Hand bittet die stalinische Bürokratie um Hilfe bei den kleinbürgerlichen Pazifisten. Unbeugsame Kämpfer aber wie Sosnowski, Helden des Bürgerkrieges wie Muralow und Grünstein, wie Hunderte und Tausende von Bolschewiki-Leninisten sind isoliert, eingekerkert, an Händen und Füßen gefesselt.

Uns in die Hände der bürgerlichen Polizei ausliefernd, reden die Stalinisten von unserer Einheitsfront mit der bürgerlichen Konterrevolution. Aber vor den Augen der Arbeiterklasse helfen die kapitalistischen Regierungen der ganzen Welt Stalin, die Oppositionellen mit einem Ring von Stachelndraht zu umgeben. Mögen die Stalinschen Agenten lügen, soviel sie wollen — diese Tatsache allein deckt bis zum Grund die tatsächliche Gruppierung auf.

Sie wollen uns mit dem japanischen Stab und der polnischen Polizei in Verbindung bringen. Kerenski hat seinerzeit schon versucht, die Bolschewiki mit dem deutschen Stab und der zaristischen Polizei in Verbindung zu bringen. Kerenski tat es um so hemmungsloser, je mehr ihm der Boden unter den Füßen brannte. Nunmehr hat er Nachahmer gefunden. Und was für welche? Diese Leute erschossen die Bljumkin und schickten auf ihren Platz die Agabekoff. Den Namen Agabekoff brennen wir auf eure Stirn. Bis zum Ende eurer Tage werdet ihr mit diesem Mal herumgehen.

Was will Stalin? Er will die Kriegsgefahr dazu benutzen, um eine neue, womöglich physische Vernichtungskampagne gegen die Bolschewiki-Leninisten durchzuführen. Briefe aus der SU, die wir in den letzten Tagen bekamen, zeugen dafür, daß die Linke Opposition zurzeit im ganzen Lande neue Kräfte sammelt. In den Industriezentren, den Fabriken, Werken und Schachanlagen ist eine neue Generation von Bolschewiki-Leninisten aufgetaucht. Schöpferische Ideen sterben nicht. Politische Fakten lehren. Die Linke Opposition hat gezeigt, daß sie unbesiegbar ist.

Stalin aber ist von allen Seiten kompromittiert. Auf der XVII. Konferenz hat er schamhaft zu allen Fragen geschwiegen. Kein Wort über Probleme der Sowjetwirtschaft! Kein Wort über die Lage in Deutschland! Ein „Führer“, der in verantwortungsvoller Lage selbst anerkennt, daß es für ihn besser ist, zu schweigen — das ist der vollendete politische Bankrott. Schon flüstern sich in der nächsten Umgebung Stalins — wie man uns aus Moskau schreibt — die Beamten

ironisch zu: „Wie wäre es, nach Direktiven bei Rakowski oder Trotzki anzufangen?“ Aus der bürokratischen Impotenz entstand die neueste weltumspannende Kampagne gegen die Linke Opposition.

Die Arbeit, die die Bolschewiki-Leninisten geleistet haben, ist nicht verborgen geblieben. Die wichtigsten Dokumente und Abhandlungen der Linken Opposition sind in allen Sprachen der zivilisierten und halbzivilisierten Welt erschienen. In Dutzenden von Ländern gibt es oppositionelle Kader, die durch und durch von ihrem historischen Recht auf den Sieg überzeugt sind. Eine gewaltige und unaustüßbare Erhebung!

Unfähig, auf unsere Kritik zu antworten, sich in den Widersprüchen verfangend, von den Verhältnissen angeklagt, gezwungen, in den Grundfragen der Politik zu schweigen, macht die Stalinclique den letzten Versuch, uns von den offiziellen kommunistischen Parteien mit Hilfe eines Kriminalromans zu trennen, dessen Talentlosigkeit nicht imstande ist, seine Gemeinheit zu mildern.

Die Stalinisten möchten uns mit ihrer Hetze auf den Weg der zweiten Partei und einer IV. Internationale drängen. Sie verstehen, daß ein solcher verhängnisvoller Fehler die Opposition wenn nicht um alle ihre Erfolge bringen würde, so doch ihren Aufstieg um Jahre verlangsamen müßte. Sich feindselig der kommunistischen Partei entgegenstellen, würde in deren gegenwärtigen Verhältnissen bedeuten, das Programm der zentralistischen Bürokratie zu erfüllen. Nein, das ist nicht unser Weg! Die Intrigen Stalins, seiner Böhner und Agabekoffs, der offenen und der versteckten, werden uns nicht dazu beitragen, unseren Kurs zu ändern. Wir stehen auf der Grundlage der ersten vier Kongresse der Komintern, der Doktrin und Tradition des Bolschewismus. Die Lehren der Oktoberrevolution wenden wir — und nur wir — bei allen Aufgaben des Weltproletariats an. Über unseren Köpfen weht das Banner der III. Internationale. Wir präntieren ganz auf ihr historisches Erbe.

Weltreform

III.

„Dar Jud is schuld!“ — „Juda verrecke!“ — das ist seit jeher der „Sozialismus“ des dummen Kerls. Kein Wunder, wenn der Radauantisemitismus zur Sturmflut der hakenkreuzerischen Soldknechte des Kapitalismus geworden ist. Der Antisemitismus ist eine typisch kleinbürgerlich-reaktionäre Ideologie, deren sich alle reaktionären Demagogen und Hassler der proletarischen Klassenbewegung bedienen haben.

Die Christlichsozialen, unter Luegers Zeiten die Partei der Rebellion des vom modernen Kapitalismus hart bedrängten und ruinierten Kleinhandels, sind nicht im Kampfe gegen den Kapitalismus groß geworden, sondern im Kampfe gegen das Judentum. Sie haben die indifferenten, politisch unwissenden kleinbürgerlichen Massen, deren Existenz vom Fabrikbetrieb bedroht war, gegen das Judentum mobilisiert und auf diese Weise zweierlei bezweckt: erstens haben sie den Groll des Gewerbetreibenden von seinem wirklichen Würger, dem Kapitalismus, auf das Judentum abgelenkt und zweitens, gleichzeitig gegen die moderne Arbeiterbewegung, die als Folge der kapitalistischen Entwicklung der Gesellschaft ihren Aufschwung nahm, eine reaktionäre, arbeitgeberfeindliche, habgierige und antisozialistische Massenbewegung geschaffen, die durch Jahrzehnte mit der Bauernschaft die soziale Stütze des Kapitalismus und des Habsburgerregimes gewesen ist. Daher ist es erklärlich, wie aus der Partei Luegers, die Partei Seipels, die Partei Rothschilds, geworden ist.

War das Kleinbürgertum in der Zeit des sich entwickelnden und aufsteigenden Kapitalismus in seiner selbständigen Existenz als gewerbetreibender Stand verdrängt worden, so ist es heute, in der Zeit des absterbenden Kapitalismus, in seiner sozialen Stellung überhaupt bedroht. Die Nachkommen der selbständigen Gewerbetreibenden fanden in der sich entfaltenden Industrie und im Handel eine neue soziale Stellung, in der sie sich über die Arbeiterschaft zu stellen dünkten und in ihrer Lebenshaltung in der Regel auch der Arbeiterschaft bedeutend voraus waren. Diese Differenzierung in der Lebenshaltung ist heute und ganz besonders durch die Krise im ständigen Abnehmen, das

Die proletarische Politik kennt weder das Gefühl des Beleidigten noch der Rache. Sie wird bestimmt durch die revolutionäre Notwendigkeit. Vor dem Angesicht der Arbeitermassen der SU und der ganzen Welt wiederholen die Bolschewiki-Leninisten: heute, wie auch an jenem Tage, da sie zum erstmaligen ihre warnende Stimme gegen die Bürokratie der Epigonen erhoben, sind sie bereit, bis zum letzten Mann sich zur Verfügung der Komintern und der Sowjetmacht zu stellen, für die allerbescheidensten, für die schwächsten, für die gefährlichsten Arbeiten. Sie verpflichten sich, dabei unbedingte Aktionsdisziplin zu halten. Sie stellen nur eine Bedingung: im Rahmen der Komintern müssen sie die Möglichkeit haben, für ihre Ideen einzustehen, d. h. für die Ideen des Marxismus, gemäß den elementaren Grundsätzen der Parteidemokratie.

Wir wissen, daß die Stalinisten unser Angebot nicht annehmen werden: es geht über ihre Kräfte. Um es anzunehmen, müßten sie uns nicht fürchten. Aber das ist es eben, daß die Angst vor der Linken Opposition, eine der wichtigsten Triebfedern für das Handeln des durch und durch kompromittierten Apparats darstellt.

Nicht die Freundschaft der Bürokratie erstreben wir, sondern Kampfgemeinschaft mit der revolutionären Avantgarde. Die Provokationen und Intrigen der Stalinisten beantworten die Bolschewiki-Leninisten damit, daß sie noch näher an die kommunistische Masse heranzücken. Wie bisher, werden unsere Gesinnungsgenossen nicht dabei stehen bleiben, die politischen Fehler und Verbrechen der Leitung zu enttuschen. Hand in Hand mit den Parteimitgliedern werden sie für das Banner des Kommunismus kämpfen — im Streik, in der Straßendemonstration, in den Wahlen, und in entscheidenden Kämpfen, wenn deren Stunde geschlagen haben wird.

Mit einzelnen Bolschewisten mag Stalin fertig werden. Den Bolschewismus kann er nicht ersticken. Der Sieg der Linken Opposition ist historisch sichergestellt.

Kleinbürgertum verliert seine letzten Vorteile, es wird proletarisiert auch in seiner Lebensführung, wie es vorhin schon durch den Verlust seiner gewerblichen Stellung und den Übergang in die Industrie und den Handel als geistiger Arbeiter klassenmäßig in die Reihen des Proletariats eingereiht wurde.

Jetzt erleben wir, wie die letzten Reste des selbständigen Kleinbürgertums im Bunde mit seinen deklassierten Ständesgenossen sich von ihren traditionellen bürgerlichen Parteien lösen und zum Faschismus übergehen, der wieder den alten antisemitischen Fetzen aus der Rumpelkammer geholt hat und einen Kampf gegen die „Zinsknechtschaft“ und das „raffende“ Kapital markiert und die Arbeiterklasse treffen will.

Das Geschrei gegen die Juden ist nur der Blitzableiter für die antikapitalistische Massenstimmung. Die Juden sind ebensowenig die Begründer des Kapitalismus wie seine ausschließlichen Nutznießer. Die größten Ausbeuter der menschlichen Arbeitskraft — und das ist das Grundelement der kapitalistischen Wirtschaft — sind die Arier (Fremde in Amerika, Thyssen, Klöckner von der deutschen, Schneider und Creuzot von der französischen Schwerindustrie, Busson von der Alpine in Oesterreich, Bata, der Schuhkönig in Zlin, und die arischen Herren vom deutschen Chemiestrass, die arischen und adeligen Junker und Großgrundbesitzer, die Blutsauger des Landproletariats, Ivar Kreuger, der König der Bilanzfälscher, Schieber und Ausbeuter, wurde bis heute auch von keinem polnischen Juden übertroffen. Das Proletariat bekämpft den Kapitalismus, die Lohnsklaverei, die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, von wem immer sie erfolgt, es bekämpft nicht einzelne Personen und Nutznießer, es bekämpft das ganze System des Kapitalismus. Es ist nicht die Schuld der Juden, daß sie, die ausgeschlossen aus der Gemeinschaft der Menschen im Mittelalter, keinen Boden erwerben, keine öffentliche Stellung einnehmen konnten, in ihrer großen Masse von dem Handel und Geldverleihen ihre Existenz fristen mußten. Mit dem Siege des Freihandels und Liberalismus über die mittelalterliche Zunfterei und Kleinrenterei mußte auch dem Judentum der Weg frei werden zum bürgerlichen Erwerb. Sie brachten allerdings in die neue, kapitalistische Ordnung vererbte, zwangsweise erworbene Geschicklichkeit im Handel und in Geldgeschäften mit, sie waren die Spezialisten

auf dem Gebiete der Geld- und Warenzirkulation. Das allein erklärt ihren erhöhten Anteil am Wirtschaftsleben, ihren größeren Erfolg bei der Verteilung der Beute, die nur dem Mehrwert repräsentiert, den das Proletariat schafft. Die Arbeiterklasse hat kein Interesse daran, wenn im Lager der besitzenden Klassen der größere Teil des aus ihm herausgeschundenen Profites zufällt. Es ist einzig und allein an der Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft interessiert, und das ist in seiner Wurzel die „Brechung“ der Lohnsklaverei im Fronne des Kapitals.

Aber das Volk der Juden ist ebenso in zwei große Klassen gespalten, wie alle Völker der zivilisierten Welt. Und dem jüdischen Proletariat geht es in allen Ländern womöglich noch schlechter als dem arischen. Er ist der sozialen und nationalen Unterdrückung und Verfolgung ausgesetzt. Während die jüdischen Kapitalisten Hand in Hand mit den arischen Kapitalisten gegen die Arbeiterschaft vorgehen und antiproletarische Organisationen finanzieren, läßt die Solidarität des jüdischen und arischen Arbeiters viel zu wünschen übrig. Wie jeder Nationalitätenhaß, so nützt er auch hier nur den Herrschenden. So lange sich Arbeiter wegen ihrer verschiedenen Nationalität bekämpfen und hassen, haben die Unternehmer und die Herrschenden nichts zu fürchten; im Gegenteil, gerade dann blüht die Ausbeutung.

Und wenn für den Judenhaser in dem Wort „jüdisch“ der Inbegriff für skrupellose Ausbeutung, Schlechtigkeit, Uebervorteilung und Rücksichtslosigkeit gegenüber dem Nächsten liegt, so ist es gerade die Dreieinigkeit Pfaff — Adel — Kapital, die „gottgewollte Gesellschaftsordnung“ des Kapitalismus, die das jüdische Volk zum jüdischen ist. Der Kapitalismus ist der Todfeind der Arbeiterklasse. Das System muß fallen, dann werden auch alle Uebel fallen, die die Menschheit bedrücken.

Reiche Juden und „bezahlte Lausbuben“

In der Nacht vom 30. Juni hat eine Bande von Nazis, die sonst nur Studenten und Arbeiter oder jüdische Trödler überfallen, niederknallen oder stechen, in Wien die Gäste eines vornehmen Klubs in der Hermesvilla überfallen und gedroschen. Ohne Ausnahme, ob Arier oder Jude, Herr oder Dame, darunter auch auf ausländische Diplomaten, wurde losgeschlagen und dabei sollen auch Wertgegenstände „zufällig“ abhandengekommen sein. Geführt wurde diese Bande von Radauantisemiten vom Fleischhauer Max Peschke, SS-Kommandant, sowie dem SS-Führer Anton Pühr von Hernalis und dem Nazizehrkrat Franz Wanek vom Alsergrund. Also lauter maßgebende Nazifunktionäre. Der Zweck dieses Ueberfalls wurde nachträglich ausgeplaudert. Es sollte nämlich der Eindruck verwischt werden, der bisher aus allen Nazilüberfällen auf wehrlose Studenten und arme Juden erweckt wurde, daß die Nazi nur auf die armen Juden losgehen, von den reichen aber Geld nehmen. Daß sie von den reichen Juden Geld nehmen, das können sie auch durch ein Dutzend solcher Ueberfälle nicht verweihen, daß sie aber nicht nur auf arme Juden losgehen, sondern auch reiche Juden verprügeln, dieser Beweis ist ihnen, wie wir aus dem Nachspiel gleich sehen werden, erst recht nicht gelungen. Diese ganze Sache wurde ja von Haus aus nur gemacht, um die ganz Dummen zu ködern.

Der Ueberfall auf den Country-Club der noblen Herrschaften in der Hermesvilla ist den Hakenkreuzern sehr unangenehm geworden. Schließlich will man es sich doch mit der „guten“ Gesellschaft, den splendiden Geldgebern wegen solcher Lappalien, wie es die Beweislührung für den dummen Kerl ist, daß die Nazi auch auf die reichen Juden losgehen, nicht verscherzen. Aber auch den Zorn der bürgerlichen Pressegeötter haben sich unsere deutschen Judenblutspritzer zugezogen. Dieselbe Presse, die es für normal findet, wenn Arbeiter erdolcht oder niedergeknallt werden, die bloß unangenehm berührt ist, wenn jüdische Studenten blutig geschlagen werden, sie ist voll Empörung und Entrüstung, wenn derartige noblen Herrschaften passiert. Da fordert sie die volle Strenge des Gesetzes. Und so kamen die Hakenkreuzertroupen von der „Dözi“ (dem Organ der Nazi) in übliche Verlegenheit, aus der sie sich mit nicht mißzuverstehenden Worten zu ziehen versuchen.

„Es ist auch bei der bisher immer wieder bewiesenen Disziplin der Angehörigen der NSDAP ganz

15. Juli 1927

Was ein einfacher Parteiarbeiter erlebte.

Die alte Leiter.

Parteiabend 1927. Damals durchlebte die Partei ihren tiefsten Stand. Gegen den ersten Waffentaub im Arsenal gelang uns keine Aktion. Hinter uns die Wahlniederlage vom 24. April. Von den Massen waren wir ganz isoliert. In Betrieb und Vermittlung herrschte eine fast feindselige Stimmung gegen uns. Wie reagierte der Parteiabend darauf? Gen. Fiala sagte: Die Schuld daran, daß wir nicht vorwärts kommen, liegt in der untern Organisation. Wenn wir (das ZK) in der RF auffordern, alle arbeitslosen Genossen sollten erscheinen, und niemand kommt, wie können wir das erfolgreich arbeiten?

Dies leuchtete mir ein. Ich war erst wenige Monate in der Partei, und genau so wie heute die „jungen Kaders“ sah ich damals noch nicht die politischen Ursachen der organisatorischen Mängel. Deshalb nahm ich mir vor, bei der nächsten Aufforderung zu erscheinen.

Koplenigs „Hochverrat“.

15. Juli 1927. In der RF steht: „Alle arbeitslosen Genossen erscheinen um 8 Uhr im Sekretariat Alserstraße!“ Ich fahre hin. Unterwegs bleibt die Straßenbahn stehen; eine Viertelstunde Generalstreik! Etwas vor halb 9 Uhr klopfe ich an die Tür des Sekretariats. Nichts rührt sich. „Daß ich doch immer zu spät komme muß!“ werfe ich mir vor und klopfe nochmals fester. Endlich schlappende Schritte. Eine ältere Genossin, über die Schlafstörung scheinbar ungehalten, öffnet. „Noch niemand da“, sagt sie mürrisch.

Am Ende schläft die Führung der Avantgarde noch, denke ich und frage: „Wo sind unsere Führer?“ „Schau halt ins Café Renaissance, vielleicht san s' dort!“ Ich gehe hinunter. Unten steht bereits Gen. Schöpf. Ich zeige ihm die Aufforderung in der RF. „Na, wart a bißl“, sagt er. Ich wartete. Bald erscheint Koplenig. „No ja! no ja!“ sagt er und stellt sich mit dem Rücken zur Arbeiterbehandlung, einen stehenden C-Wagen betrachtend. Endlich öffnet er seinen Mund: „Mir scheint“, sagt er, „sie streiken“. Hierig sog ich die Weisheit des Führers ein, dem ich ins Sekretariat folgte.

Die Massen fragen: Was tun?

Oben rattert das Telefon. Ein Genosse teilt mit, daß alle RF bei der Auszahlungsstelle Hohenbergstraße verkauft sind. Sofort neue Hinausgehen. Ich bekomme Zeitungen hinauszuführen. Hingekommen, waren alle Zeitungen ausverkauft, bevor ich noch richtig am Platze war. Die Masse frug: Was sagen die Kommunisten? Koplenig schien es, sie streiken...

Die Erregung auf der Auszahlungsstelle war ungeheuer. Zwei provozierende Faschisten erhielten, trotzdem sie von der Wache mit gezogenem Säbel geschützt wurden, eine Kostprobe. Wir, ungefähr 10 Genossen, propagierten den Marsch in die Stadt. Redner waren keine am Platze, so mußten wir die Arbeitslosen einzeln zusammenkommen. Die Auszahlungsbeamten sabotierten, indem sie sehr langsam auszahlten. Endlich war ein kleiner Zug zusammengestellt. Mit einer rotum Dirndlschürze als Fahne voran, zogen wir, Parolen rufend, zum Meidlinger Arbeiterheim. Dort standen sozialdemokratische Arbeiter und diskutierten erregt den Freispruch der Schattendorfer Mörder. Alle fühlten: etwas muß geschehen, es war aber niemand da, der ihnen gesagt hätte, was, Unsere Aufforderung, in die Stadt zu ziehen, fand An-

klang. Immer mehr und mehr Arbeiter reihten sich ein. Ganze Belegschaften aus Fabriken schlossen sich an. Bald umfaßte der Zug schon Zehntausende, die alle von einem Gedanken besetzt waren: Wir wollen Schluß machen mit einem System, in dem Arbeitermord straflos ist. Vor dem Vorwärts-Gebäude gab es Rufe: Schluß mit der Bremserlei! Unsere Rufe: „Heraus mit der Bewaffnung des Proletariats!“ fanden begeisterte Zustimmung. Noch vor einigen Tagen verächt und bekämpft, fühlten plötzlich alle: Die Kommunisten hatten recht.

Die Früchte sozialdemokratischer Erziehungsarbeit.

Je näher wir der Stadt kamen, desto wildere Gerüchte hörten wir. Die Polizei hat geschossen. Es gibt Tote und Verletzte. Die Arbeiter holen sich Waffen. Die Polizei wurde vertrieben usw. Schon von der Ferne sahen wir vom Justizpalast Rauch aufsteigen. Die Tore des Justizpalastes, von Schutzbündlern geschützt, wurden gestürmt. Barrikaden wurden errichtet. Wachleute in Schutzbündelform wurden von Schutzbündlern hinausgeführt. Fensterscheiben krachten, die Mütze wurde immer unerträglicher. Einmal Oberschutzbündler mit Säbel und Revolver der verkleideten Wachleute liefen aufgeregt die Hauptstiege hinauf. Mehrere Arbeiter hinter ihnen wollen ihnen die Waffen entwinden, doch die Schutzbündler werfen die Revolver ins Feuer und zerbrechen die Säbel.

Noch ein Beispiel sozialdemokratischer Erziehungsarbeit: Wilder Lärm im brennenden Justizpalast. Zerbrochene Scheiben klirren. Eine Lampe wird zerschlagen. Plötzlich schreit ein junger Schutzbündler: „Genossen, was tut ihr? Es ist ja unser Geld!“

Wo ist die Führung?

Der Justizpalast stand in hellen Flammen. Vor dem

ausgeschlossen, daß derartige eigenmächtige Aktionen von einzelnen Gruppen der Partei unternommen werden. Traurig für die Logik und den geistigen Hochstand jener Tintenküß vom schwärzesten Schwarz bis zum röttesten Rot ist die Unverschämtheit, mit der Leute, nur weil sie „Deutschland, erwache“ und „Jude, verrecke“ schreien, zu Angehörigen der nationalsozialistischen Partei gestempelt werden.

Die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei hat mit dem ganzen Vorfalle gar nichts zu tun. Und gerade so, wie man irgendwelche Rassenfanatiker, die den Nationalsozialisten voll-

kommen fernstehen, unter Nachsicht der Taxis zu Aposteln unserer Bewegung befördert, so scheut man sich auch hier nicht, um der mit anständigen und wahren Angriffen nicht mehr bezuwickelnden Bewegung Adolf Hitlers eins auf den Kopf zu geben, bezahlte Lausbuben „einzuwickeln“ und sie zu allen möglichen Dummheiten, die dann noch mit der nötigen Demagogie aufgebauscht werden, zu veranlassen.

Wenn reiche Juden, noble Herrschaften verdroschen werden, hat die deutsche Nazipartei damit nichts zu tun und beschimpft ihre eigenen Recken, ihre Funktionäre „bezahlte Lausbuben“. Sie haben recht. Die Nazipartei hat wahrhaftig

mit einem Kampfe gegen die oberen Zehntausend nichts zu tun, sie ist die gedungene und ausgehaltene Partei der Soldknechte des Kapitalismus, die Partei der schärfsten Arbeiterfeinde.

Aber auch die Polizei kam in arge Verlegenheit. Sie, die oberste Hüterin und Beschirmerin der Nazi, wie soll sie sich bei dieser peinlichen Angelegenheit verhalten? Und so dauerte es einige Tage, bis die Polizei das Wort fand und nicht umhin konnte, einige „Lausbuben“ zu verhaften. Den „Lausbuben“, die in Eisenstadt das Arbeiterheim überfallen und zertrümmert haben, droht allerdings keine Verhaftung...

Die Linke Opposition der KPD. zu den Reichstagswahlen am 31. Juli

An das revolutionäre Proletariat Deutschlands!

Genossen!

Die Militärdiktatur Schleicher-Papen hat den Reichstag aufgelöst. Sie hat den Terrortruppen des Faschismus freie Bahn gemacht; im Zeichen des Blutenters des Hakenkreuzes sollen die Terrorwahlen des 31. Juli stattfinden.

Noch ist es nicht gewiß, ob die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, die KPD, die Möglichkeit haben wird, am 31. Juli an den Wahlen teilzunehmen. Die herrschende Militärdiktatur spielt mit dem Gedanken des Verbots der KPD. Ihre faschistischen Lakaien drängen sie ungestüm auf diesen Weg; die gesamte deutsche Konterrevolution sieht mit Erschrecken den

erwachenden proletarischen Massenwiderstand, dessen Seele die kommunistischen Arbeiter sind, und sie hofft, durch ein Verbot der KPD diesen Widerstand zu brechen.

Ob sich die Konterrevolution bereits jetzt zu diesem Schlage stark fühlt, ob sie noch eine Zeit lang abwartet, das deutsche Proletariat muß in diesem Wahlkampf sich darüber klar sein, daß der Auftakt zur Vernichtung der gesamten Arbeiterbewegung die Zerschlagung der Kommunistischen Partei sein soll.

Die Verteidigung der KPD gegen die Konterrevolution, in diesem Zeichen, revolutionäre Arbeiter Deutschlands, müßt ihr am 31. Juli zur Wahl gehen, um millionenfach zu demonstrieren, daß ihr bereit seid, eure revolutionäre Partei zu verteidigen.

Wir wissen, daß die schweren Fehler der Führung der KPD, die sich als unfähig erwies, den Faschismus wirksam zu bekämpfen, den Verteidigungskampf der Arbeiterklasse zu organisieren, die Einheit der Arbeiterklasse im Kampfe gegen die wirtschaftliche Verelendung und den Faschismus herzustellen, viele Tausende revolutionäre Arbeiter enttäuscht, verwirrt, müde gemacht hat. Die Wahlen des 13. März, des 10. April und des 24. April, der Uebergang größerer Teile kommunistischer Wähler zur SPD oder sogar zum Faschismus, war für jeden ersten Kommunisten ein Alarmsignal. Wir Linken in der Partei leugnen nicht die Fehler unserer Partei und wir sind nicht müde geworden, den opferreichen Kampf gegen den falschen Kurs der Partei zu führen. Aber diese ernste und scharfe Kritik hindert uns nicht daran, uns mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß unsere Partei erstarke, daß sie die entscheidenden Massen des deutschen Proletariats um sich gruppiert, denn wir sind tief davon durchdrungen, daß der Sieg unserer Ideen um so schneller erfolgen wird, je größer die Teile des erfahrenen, klassenbewußten Proletariats sind, die sich um die KPD scharen.

Kein klassenbewußter Arbeiter darf der Sozialdemokratie seine Stimme geben.

darf sich durch die radikalen Redensarten täuschen lassen, die heute die SPD anschlägt. Heute, wo die SPD durch die Bourgeoisie längst aus der Regierung gejagt ist, wo es Herr Hindenburg, der Reichspräsident der „Eisernen Front“, sich energisch verbittet, seine Militärdiktatur von der SPD auch nur stützen zu lassen, heute, wo sie in den Straßengraben der parlamentarischen Opposition von der Militärdiktatur

geworfen wurde und selbst der „Vorwärts“ verboten wird, heute mimt die SPD einen scharfen außerparlamentarischen Kampf. Sie wirbt mit allen Mitteln um das Vertrauen der Arbeiterklasse, nicht um sie zum Massenkampf gegen den Faschismus aufzurufen, sondern um der Bourgeoisie ihre Unentbehrlichkeit zu beweisen, um an die Stelle der Militärdiktatur Schleicher-Papen

die zweite Bourgeois-Republik zu setzen. Aber aus der „glorreichen ersten Republik“ der Noske, Ebert, Severing ist als legitime Frucht die Militärdiktatur hervorgegangen — die Brücke zum Faschismus. Wäre eine „zweite Republik“ geschichtlich möglich — sie würde bedingungslos das gleiche Schicksal teilen; das beweisen uns alle geschichtlichen Erfahrungen, nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern der Welt.

Die deutsche Arbeiterklasse wird nicht um einen Schritt vorwärts kommen, wenn die entscheidenden Teile der Arbeiterklasse, abgestoßen von der starren Ablehnung der Einheitsfront durch die KPD-Führung, bei der SPD bleiben, oder wenn bedeutende Teile nichtsozialdemokratischer Arbeitermassen zur SPD übergehen, wie es in den letzten Wochen sichtbar geworden ist.

Gegen die Sozialdemokratie — für die Einheitsfront! Niemals kann die Einheitsfront dadurch zustandekommen, daß die SPD erstarke. Die Geschichte hat uns tausendfach bewiesen, daß die SPD nur dann bereit ist, mit den Kommunisten eine Einheitsfront zu schließen, wenn sie von den Arbeitermassen gezwungen wird, wenn sie unter dem Druck der Massen laivieren muß. Erstarke die SPD, beweist sie der Bourgeoisie durch ihre Stärke ihre Unentbehrlichkeit, dann tritt der reaktionäre Zug in ihrer Politik am grellsten hervor.

In den Jahren des Höhepunkts ihrer Macht steht die SPD in der vordersten Front der Konterrevolution, 1919, 1921, 1923/29.

Geschlagen und zurückgeworfen beginnt sie 1931 bis 1932 zu manövrieren, das heißt von der Einheitsfront gegen den Faschismus zu reden.

Die revolutionären Arbeiter Deutschlands, die für den gemeinsamen Kampf der KPD und SPD gegen den Faschismus sind, die die Schaffung gemeinsamer Kampfausschüsse gegen den Faschismus fordern, sie wollen diese Einheitsfront nicht, um mit der SPD einen Burgfrieden zu schließen, sondern weil es keinen anderen Weg der Ueberzeugung der SPD-Arbeiter gibt, als den des gemeinsamen Kampfes an der Seite der Kommunisten. Um den SPD-Arbeitern zu ermöglichen, sich in diesem Kampf durch ihre eigenen Erfahrungen zu überzeugen, daß der Weg des Sieges der Weg des Kommunismus ist — darum sind wir für das Kampfbündnis mit der SPD — obgleich in ihren Reihen auch die Severing, Noske und Zörgel sitzen.

Nur die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands wird die Kraft aufbringen,

die konterrevolutionäre Flut des Faschismus zu vernichten,

die Schwankenden zu festigen, die betörten kleinbürgerlichen Massen zurückzugewinnen.

Justizpalast standen die Arbeiter dichtgedrängt und diskutierten. Eines hörte man überall heraus: Wir müssen ihnen beibringen, daß sie mit uns nicht machen können, was sie wollen. Wenn unsere Geduld zu Ende ist, haben die Herrschaften nichts zu lachen. Aber alle fragen: Was jetzt? Der Anfang war gemacht. Der Justizpalast brannte, die Reichspost war ausgesetzt. Dabei allein kann es aber doch nicht bleiben. „Eine neue Regierung brauchen wir“, sagten einige. „Waffen brauchen wir“, meinten andere. Einige gingen nach Hause. Die Masse aber stand ratlos da. „Wo sind unsere Führer?“ fragten alle. „Na wartet“, hörte ich einen sagen, „bald kommen die Kommunisten, da wird es erst angehen!“ Er sprach allen aus den Herzen. Ich stand da und schämte mich. Wußte ich doch, daß die Kommunisten darauf vorbereitet waren, die SP zur Regierung kommen zu lassen, um sie dann zu entlarven, nicht aber auf Straßenkämpfe.

Schlamm „Hochverrat“.

Daß jede Minute kostbar ist, war klar. Der kampfbereiten Masse fehlte die Initiative. „Was muß geschehen?“ fragte mich ich wußte es nicht. Da fiel mir ein, daß wir ja eine Parteiführung haben. So ging ich zum zweiten Male an diesem Tage ins Sekretariat. Umgefihr 20 Genossen und Genossinnen saßen im kleinen Raum neben dem seinerzeitigen RH-Sekretariat und unterhielten sich. Schlamm kam aus einem anderen Zimmer. Ich berichtete ihm, daß die Arbeitermassen auf unsere Parolen warten. „Ja, wir müssen

Parolen geben“, sagte er mit seiner Eidotterstimme. „Einige Genossen geben sofort hinunter und kaufen Tusch, Papier, Rundfedern und Reißnigel. Ich werde euch Parolen aufsetzen, ihr werdet sie schreiben und aufnageln.“ Gesagt, getan! Schreibutensilien wurden gekauft. Wir schrieben Parolen: Zusammentritt der Betriebsräte! Heraus zur Versammlung beim Bachlechner! Heraus mit der Bewaffnung des Proletariats usw. Als alles fertig war, gingen wir anheften. Schlamm, der heutige Führer der Rechtsopposition, zog es vor, im Sekretariat zu bleiben.

Wer an der Wahrheit zweifelt, frage die Genossin Rosa Pann, XVII., mit der ich anheften ging, Gen. Su.—do, XX., Gen. I.—u, II.

Wie sie irreführt wurden.

Die losgelassene Ordnungsbefehle raste, Tod und Verderben um sich verbreitend, durch die Straßen. Überall lagen Tote und wälzten sich Verwundete. Da und dort fordern Arbeiter zum Widerstand auf. Ein Ruf erfüllte die Straßen: Waffen! Waffen! Da, wohlgeordnet und stramm marschiert ein Zug Schutzbündler der Vorstadt zu. „Was“, frage ich einen Bekannten, „das Proletariat blutet und ihr geht nach Hause?“ „Weißt, Genosse“, sagte er mir im Vertrauen, „wir kommen bald wieder, wir gehen auslassen“. Sie kamen nicht wieder. Dieser Genosse verließ den Schutzbund. In der kommunistischen Partei ist er nicht.

Emitzer.

Der 31. Juli muß zu einer großen Demonstration der deutschen Arbeiterklasse

für die proletarische Revolution, für das Sowjetsystem, für den Kommunismus

werden. Jeder deutsche Arbeiter muß sich darüber im klaren sein, daß der Weg zu diesem Ziel weder durch Wahlen, noch aber durch eine einmalige demonstrative Stimmzettelabgabe

für die KPD, für die Liste 3

führt, sondern, daß in den Klassenkämpfen der nächsten Wochen und Monate darüber die Entscheidung fallen wird, ob aus Deutschland die Hölle des Faschismus wird, oder ob es dem kämpfenden Proletariat gelingt, sich den Weg zu seiner eigenen Klassenherrschaft zu bahnen.

Das Kampfbündnis zwischen KPD und SPD zur Verteidigung der Arbeiter, ihrer Organisationen und

Presse gegen den faschistischen Terror ist die entscheidende Voraussetzung eines erfolgreichen Massenkampfes gegen den Faschismus, aber dieses Kampfbündnis allein genügt nicht. Das deutsche Proletariat muß am 31. Juli

für sein Recht auf Arbeit demonstrieren, es muß der herrschenden Klasse entgegenstellen die proletarische Klassenforderung nach

wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit der Sowjetrepublik.

Durch einen großzügigen Ausbau des Exports in die Sowjetunion, durch Kredite für diesen Export, kann Arbeit für 2 bis 3 Millionen deutscher Arbeiter geschaffen werden.

Die deutsche Bourgeoisie kämpfte in Lausanne, und sie wird in Genf kämpfen für

das imperialistische Recht der Aufrüstung, das ihr heute noch von den Versailler Mächten versagt wird. Statt Brot durch die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Sowjetstaat, sollen

neue Panzerkreuzer, neue Tanks, neue Geschütze, neue Festungen

geschaffen werden.

Die deutsche Arbeiterklasse hat mit ihrer Bourgeoisie nichts gemein. Sie hat den Versailler Vertrag nicht anerkannt, als die deutsche Bourgeoisie am Ende ihres imperialistischen Abenteuers vor dem Ententkapital in die Knie sank.

Die deutsche Arbeiterklasse steht dem Schacher ihrer Bourgeoisie mit dem Ententkapital um Reparationen, Aufrüstung, Gebiets erwerbungen feindlich gegenüber, denn sie weiß, daß am Ende dieses Schachers, dieser Konferenzen, nichts anderes stehen wird,

als ein imperialistischer Krieg um die Neuverteilung der Welt.

Die deutsche Arbeiterklasse muß gleichermaßen ablehnen die klägliche Haltung des Reformismus, der SPD, die in der Außenpolitik die Militärdiktatur unterstützt und dem

Pakt von Lausanne zubeißt,

wie sie verwerfen muß die extrem nationale Agitation der KPD-Führung, die objektiv durch ihren Kampf gegen die „Tributsklaverei“ und für die „nationale und soziale Befreiung“, die chauvinistische Welle fördert, die letzten Endes nur dem Faschismus zugute kommt. Die deutsche Arbeiterklasse muß sich stets bewußt sein, daß die Sklaverei, unter der sie leidet,

die Lohnsklaverei des Kapitalismus ist, und sie muß alle ihre Kraft darauf setzen, diese Sklaverei zu brechen. Die soziale Befreiung der europäischen Arbeiterklasse, das ist der einzige Weg der Zerreißung des Versailler Vertrages.

Um den Kampf für diese Ziele siegreich zu führen, bedarf das deutsche Proletariat einer wirklichen revolutionären und innerlich gefestigten kommunistischen Partei. Gewiß ist die KPD heute noch weit davon entfernt, das zu sein. Falsche Ideen, falsche Methoden und innerer Bürokratismus hemmen ihre Entfaltung.

Wenn wir Linken euch, Arbeiter Deutschlands, auffordern, eure Stimme der KPD zu geben, so geschieht es in der Gewißheit, daß es möglich ist, die gegenwärtige KPD zu verbessern, sie wieder zu dem zu machen, was sie einst war,

zur Partei Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts.

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger: Hans Thoma, Holzarbeiter, Wien, II., Novaragasse 24. (Im Auftrage der Komm. Linksoption.) — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborstraße 52b.